

Die USA ein Jahr vor den Wahlen

14. November 2011

Dr. Lars Hänsel
www.kas.de/usa

Ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen, bei der gleichzeitig auch alle Abgeordneten im Repräsentantenhaus und ein Drittel der 100 Senatoren sowie 13 Gouverneure neu gewählt werden, steht das Feld der republikanischen Herausforderer Barack Obamas praktisch fest.

Ansonsten ist alles offen: Noch lässt sich nicht absehen, wer am Ende die Nominierung der republikanischen Partei gewinnen wird. Die republikanischen Wähler sind offenbar noch mit keinem ihrer Kandidaten glücklich. Mit Polemik und Populismus auch in außenpolitischen Fragen werben diese Kandidaten derweilen um ihre Wählerbasis. Derzeit führen Mitt Romney, Herman Cain und Newt Gingrich in Umfragen das Kandidatenfeld an.

Offen ist auch, wie die Chancen stehen, Präsident Obama tatsächlich zu besiegen – gerade weil derzeit alles nach einer weiterhin schwachen Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft aussieht, deren Zustand wesentlich das Wahlergebnis beeinflussen dürfte.

Schließlich ist offen, ob die Republikaner es schaffen, die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu halten und die Mehrheit im Senat zu gewinnen – auch wenn derzeit vieles für einen doppelten Erfolg der Republikaner spricht. Vieles wird sich am Zustand der amerikanischen Wirtschaft im kommenden Jahr entscheiden.

Das Feld der Kandidaten steht

Das Feld der republikanischen Herausforderer Obamas hat sich praktisch abgezeichnet. Theoretisch und *de jure* ist es zwar möglich, dass sich noch neue Kandidaten aufstellen lassen. Aufgrund der komplizierten Regeln und langwierigen Prozesse ist es jedoch

praktisch so gut wie ausgeschlossen, sich noch aufstellen zu lassen. Dazu kommt, dass jetzt allenfalls Kandidaten mit einem hohen Bekanntheitsgrad noch eine Chance hätten, wahrgenommen zu werden. Auch das für die Kampagne wichtige „fundraising“ dürfte in dieser späten Phase sehr schwierig werden. Viele große Spender haben bereits ihre Wahl getroffen, wen sie unterstützen. Nachdem klar ist, dass weder die ehemalige Gouverneurin von Alaska, Sarah Palin, noch der Gouverneur von New Jersey, Chris Christie antreten werden, gibt es so gut wie keinen bekannten Politiker, der noch in Frage käme. Mitch Daniels und Tim Pawlenty hatten bereits bis zum Sommer das Handtuch geworfen. Auch die öffentlich vor einiger Zeit geäußerten Überlegungen von Donald Trump, sich doch wieder für eine Kandidatur zu entscheiden, haben keine praktische Bedeutung.

Volatile Phase der öffentlichen Debatten

Im Ablauf des Wahlprozesses befinden sich die republikanischen Kandidaten noch vor der Phase der Vorwahlen. Jetzt geht es vor allem darum, bekannt zu werden und Spender zu überzeugen. In diesem Wahlzyklus steht eine überdurchschnittlich große Zahl von öffentlichen Debatten der Kandidaten an, die den Kandidaten die (kostenlose) Möglichkeit gibt, sich an die Öffentlichkeit, vor allem aber an die republikanischen Wähler zu wenden, welche dann in einem komplizierten System von Vorwahlen den Kandidaten ermitteln. Außerdem geben die Debatten die Möglichkeit, sich von den anderen Kandidaten im direkten Vergleich abzuheben.

Bisher fanden zehn öffentliche Debatten statt, welche von den großen Fernsehstationen übertragen bzw. z.T. von ihnen mit ausgerichtet wurden. Diese Debatten favorisieren naturgemäß Kandidaten, welche sich gut öffentlich darstellen können und sich in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND

USA

14. November 2011

Dr. Lars Hänsel

www.kas.de/usa

Diskussionen gut bewähren. **Rick Perry** hatte in der letzten Debatte besonders schlecht abgeschnitten, als ihm nur zwei von drei Ministerien einfielen, die er doch als Präsident abschaffen wollte. Es bleibt abzuwarten, ob er sich von diesem Tiefpunkt noch einmal erholen kann. Es gab in der Geschichte immer wieder Beispiele für öffentliche Fehlleistungen, allerdings galt Perry schon vorher als schwach. Daher wurde jetzt von ihm erwartet, dass er sich als besonders stark und eloquent erweist. Nun hatte er einen peinlichen Aussetzer im Kernbereich seiner Politik und ist zum Spott geworden.

Bisher gilt **Mitt Romney** als klarer Sieger der Debatten, was sich auch in relativ stabilen Umfragewerten niederschlägt. Allerdings ist die republikanische Wählerschaft nicht wirklich glücklich mit ihm. Nicht zuletzt gilt er in vielen Fragen als nicht konservativ genug. In der Vergangenheit hatte Romney seine Einstellung zu Hauptfragen der konservativen Wählerbasis (wie z.B. Abtreibung, Krankenversicherung) entscheidend verändert.

Die Wählerschaft sucht weiter nach Alternativen. Dies zeigt sich auch daran, dass kurzfristig immer wieder andere Kandidaten in den Umfragen vor ihm lagen – erst Michele Bachmann, dann Rick Perry und nun Herman Cain. Die Kongress-Abgeordnete Michele Bachmann gewann noch im Juni den wichtigen Straw Poll in Iowa. Als Rick Perry, der Gouverneur von Texas, in das Rennen eintrat, lag er kurzfristig in Umfragen weit vorn. Beide sind heute in Umfragen weit abgeschlagen.

Später hatte der Geschäftsmann **Herman Cain** seine Chance, der in einigen Umfragen immer noch führt. Unklar ist, wie nachhaltig ihm Vorwürfe sexueller Belästigung schaden werden, denen er sich derzeit ausgesetzt sieht. Im rechten Lager der Republikaner gibt es nicht wenige, die darin eine Kampagne der linken Presse sehen und Cain weiter unterstützen. Allerdings hat er die Zustimmung ca. der Hälfte der republikanischen Frauen verloren, die ihn bislang unterstützten. Dennoch liegt er in aktuellen Umfragen (CBS News vom 10. November)

mit 18% vorn, gefolgt von Mitt Romney und Newt Gingrich – jeweils mit 15%.

Newt Gingrich ist in den vergangenen Wochen beständig in den Umfragen gestiegen. Er hatte einen Tiefpunkt im vergangenen Sommer, als sich die gesamte Spitze seines Wahlkampfteams von ihm trennte. Seitdem gilt seine Wahlkampforganisation als geschwächt, Probleme hat er auch beim Fundraising. Ihm kommt zugute, dass er in öffentlichen Debatten brilliert. Er kann auf langjährige politische Erfahrung, darunter 20 Jahre als Abgeordneter und vier Jahre als Sprecher des Kongresses zurückgreifen. Er gilt inzwischen wieder als ein aussichtsreicher Kandidat, nicht zuletzt aufgrund seiner intellektuellen Stärke und Tiefe. Er profitiert jedoch insbesondere von der Schwäche seiner Kontrahenten z.B. Cains. Je stärker Gingrich allerdings wieder in den Blickpunkt gerät, desto mehr dürfte er mit seinen zahlreichen Skandalen aus der Vergangenheit auch wieder zur Zielscheibe der Kritik der republikanischen Konkurrenz wie auch der Demokraten werden.

Derzeit wird das Feld von Cain, Romney und Gingrich angeführt. Insgesamt zeigen die Umfragen aber eine hohe Volatilität. Romney ist dabei allerdings häufig der stetige Zweitplazierte. Kurzfristig stiegen die Umfragewerte von Kandidaten auf das Niveau des Favoriten Romney. Diese Alternativen haben sich bisher aber nicht als nachhaltig erwiesen. Auch wenn viele Beobachter Romney deswegen für den wahrscheinlichsten Kandidaten am Ende des Nominierungsprozesses halten, so ist dies alles andere als ausgemacht.

Erste außenpolitische Debatte: Polemisch und populistisch

Am vergangenen Wochenende fand die zehnte öffentliche Debatte statt. Ging es in den vergangenen Debatten vor allem um die wirtschaftliche Situation in den USA, so stand nun die Außenpolitik im Vordergrund. Konkrete außenpolitische Erfahrungen hat nur Jon Huntsman vorzuweisen, der drei Botschafterposten inne hatte (Singapur, US-Trade Ambassador sowie zuletzt Botschafter in China).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND
USA

14. November 2011

Dr. Lars Hänsel
www.kas.de/usa

Im Vordergrund der Debatte standen vor allem der geplante Truppenrückzug aus Irak und Afghanistan, die Situation in Pakistan, das Nuklearprogramm des Iran, die Unterstützung für Israel, die Situation in Syrien sowie der Umgang mit China. Außerdem wurde die US-Entwicklungshilfe und die Definition von Folter diskutiert. Europa kam lediglich am Rande und im Zusammenhang der gegenwärtigen Schuldenkrise vor. Die NATO z.B. fand gar keine Erwähnung.

Die Kandidaten äußerten sich insgesamt vor allem polemisch und wenig differenziert: Sie kritisierten mit groben Vorwürfen die Außenpolitik Obamas und bezogen weitgehend populistische Positionen. Die Kritik an Obama war meist wenig glaubwürdig, da sie nicht bei den konkreten Maßnahmen Obamas ansetzte, sondern pauschale Urteile fällte. In vielen außenpolitischen Fragen waren sich die Kandidaten einig. Dazu gehörte die klare Unterstützung Israels. Auch eine harte Haltung gegenüber dem Iran wurde bei allen deutlich. Auch bei dieser Debatte dürfte der Adressatenkreis vor allem die konservative Basis der Republikaner gewesen sein.

In Bezug auf **Iran** war die Kritik an Obama einhellig, der nach Auffassung der Kandidaten zu wenig zur Unterstützung der Opposition getan habe. Ein nuklearer Iran war für keinen Kandidaten akzeptabel, abgesehen von Ron Paul, der einen nuklearen Iran nicht als ausreichenden Kriegsgrund sah und an den Irak erinnerte. Paul vertritt allerdings auch sonst - als einziger Kandidat - deutlich isolationistische Positionen. Besonders starke Worte gegenüber Iran fand Romney: Sollte Obama wiedergewählt werden, würde Iran eine nukleare Bombe bekommen. Mit ihm als Präsident werde Iran nicht zur Atommacht aufsteigen, so Romney. Die Entwicklung zu einem nuklear bewaffneten Iran sieht Romney als die größte außenpolitische Niederlage Obamas. Rick Perry kritisierte vor allem fehlende Sanktionen gegenüber der iranischen Zentralbank.

In der Debatte setzte Rick Perry ein starkes Zeichen mit seiner Forderung, die **US-Entwicklungshilfe** zunächst auf Null zurückzufahren und Hilfe nur dort zuzulassen,

wo eine klare Rechtfertigung gegeben ist. Dem stimmte auch Newt Gingrich zu, der sonst eigentlich differenziertere Positionen bezog. Auf Nachfrage bestätigte Perry, dass dieses Herangehen auch gegenüber Israel zu gelten habe. Allerdings betonte er dann auch die Unterstützung für das verbündete Israel.

In Bezug auf **Afghanistan** kritisierten die Kandidaten vor allem den Zeitplan des geplanten Abzugs, den Romney dem politischen Kalender geschuldet sieht und nicht der militärischen Logik. Allein Jon Huntsman unterstützte einen schnellen Abzug, nachdem die wichtigsten Ziele erreicht seien, wie freie Wahlen und Zerstörung der Al Qaida Infrastruktur. „Nation building“ könne ohnehin nicht Ziel sein, so Huntsman. Newt Gingrich wies darauf hin, dass der Fokus auf Afghanistan nicht ausreiche. So sei Pakistan als Rückzugsgebiet der Taliban in der Region das größere strategische Problem. Kein Kandidat hatte jedoch letztlich eine Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit Pakistan. Immerhin wiesen Michele Bachmann und Rick Santorum darauf hin, dass eine Einstellung der Finanzhilfe (wie sie Perry vorschlug) und eine Abkehr keine Lösung darstelle, da Pakistan eine Atommacht sei und stabile Beziehungen daher wichtig seien. Dann aber verfiel Bachmann wieder in grobe Polemik: Der nächste Präsident müsse den Nahen Osten verstehen, wo es nach einem Atomkrieg gegen Israel aussehe, so Bachmann.

Newt Gingrich sorgte sich darum, dass der **arabische Frühling** ein anti-christlicher Frühling wird. Auch das dürfte die konservative Basis besonders aufmerken lassen. Kein arabisches Regime verdiene Unterstützung, welches anderen Religionen gegenüber feindlich sei, so Gingrich.

Während Hermann Cain - dem Außenpolitik offenbar egal ist, wenn er etwa Länder despektierlich als „Ubekibekibekistan“ bezeichnet und ihm explizit nicht wichtig ist, wer dort Präsident ist - letztlich unklar blieb, unterstützte vor allem Michele Bachmann das umstrittene **„Water Boarding“** als legitime Vernehmungsmethode gegenüber vermeintlichen Terroristen. Dagegen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND

USA

14. November 2011

Dr. Lars Hänsel

www.kas.de/usa

sprach sich deutlich Ron Paul aus, der dies als Folter und nach US- und internationalem (!) Recht als illegal ansah. Jon Huntsman wies vor allem darauf hin, dass dies Werten widerspräche, für welche die USA in der Welt stehen und geachtet werden.

Exkurs: Erst vor wenigen Wochen hatte Dick Cheney seine Memoiren veröffentlicht und in mehreren Interviews vor allem seine Haltung zum umstrittenen „Water Boarding“ erneut verteidigt, die er als eine Form von „enhanced interrogation technique/verstärkter Befragungstechnik“ erachtet. Gleichzeitig hatten sich prominente Republikaner wie Colin Powell und John McCain vom „Water boarding“ als illegal und unmoralisch distanziert, da sie es für eine Form von Folter halten. Außerdem halten sie es praktisch für nutzlos im Kampf gegen Terror. Michele Bachmann positionierte sich damit auf der rechten Seite der Republikaner, im Gegensatz zu Paul und Huntsman.

In Bezug auf **China** überwog eine harte Haltung. Perry sah China bereits - wie ehemals die sozialistische Sowjetunion - auf dem „Aschehaufen der Geschichte“. Wiederum war es Romney der besonders deutlich China den Kampf vor allem bei Cyber-Attacken, Verstößen gegen intellektuelle Eigentumsrechte und Währungsmanipulation ansagte. Huntsman wies als Einziger darauf hin, dass ein Handelskrieg vor allem auch den USA schade, eine komplexe Diplomatie notwendig sei, und die USA sich die Internetgeneration in China zum Verbündeten machen solle. Es überwogen insgesamt die starken Töne gegenüber China: keiner der Kandidaten wies etwa darauf hin, dass China heute Hauptgläubiger der USA ist.

Die Außenpolitik dürfte bei der Entscheidung über die Nominierung und letztlich auch bei der Wahl keine hervorgehobene Rolle spielen. Dennoch war die Debatte interessant, weil sie erstmals systematisch die Übereinstimmung und einige Unterschiede der Kandidaten darlegte. Insgesamt zeigt sie aber auch, dass derzeit vor allem populistische Positionen (z.B. Rücknahme von Entwicklungshilfe, die in den USA ca. 1% des US-Haushalts beträgt, auch die Positionen zu Iran und China) gefragt sind, um die Unter-

stützung der republikanischen Basis zu bekommen. Solche Positionen verfangen besonders in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise. Die komplexesten und differenziertesten Antworten gaben die Kandidaten, welche derzeit als wenig aussichtsreich gelten: Rick Santorum und Jon Huntsman. Nach Umfragen (CBS) des Publikums nach der Debatte gilt Newt Gingrich als der, welcher Außenpolitik am besten versteht: Er erhielt 31% Zustimmung, gefolgt von Mitt Romney mit 19%.

Weitere Schritte im Wahlkampf: die Vorwahlen

Derzeit geht es noch vor allem darum, die konservativen Wähler zu gewinnen. Die Kandidaten geben sich deshalb jetzt so konservativ wie möglich. Vor allem haben sie die ersten Staaten im Blick, in denen Vorwahlen stattfinden: Iowa (3. Januar 2012), New Hampshire (10. Januar 2012), South Carolina (21. Januar 2012) und Florida (31. Januar 2012). In diesen Staaten entscheidet sich, wer in der Phase der Vorwahlen die besten Chancen auf die Nominierung hat.

In Iowa finden traditionell die ersten Vorwahlen statt. Im Allgemeinen gelten nur die ersten drei Gewinner in Iowa als weiter aussichtsreich, weshalb die Wahl in Iowa eine verhältnismäßig hohe Bedeutung für den Fortgang der Nominierung hat. Die republikanischen Wähler in Iowa, wie auch in South Carolina, gelten als besonders konservativ. Die Iowa-Testwahl (Straw Poll) hatte im vergangenen Juni Bachmann nicht umsonst für sich entschieden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie bei den Vorwahlen am 3. Januar 2012 wiederum gut abschneiden wird und damit einem konservativeren Konkurrenten Romneys Stimmen abnehmen wird. Bei den meisten Umfragen in Iowa liegt derzeit Herman Cain vorn. Romney dagegen wird es in Iowa schwerer haben, Unterstützung zu bekommen. Er hatte Iowa schon fast aufgegeben und hat erst in den letzten Wochen seine Präsenz dort erhöht. Damit versucht Romney, im ersten Vorwahlstaat Boden gut zu machen. Seine klaren Kommentare in der vergangenen Debatte etwa zu Iran und China dürften auch auf diesem Hintergrund zu sehen sein, auch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND
USA

14. November 2011

Dr. Lars Hänsel
www.kas.de/usa

wenn in Iowa konservative Positionen etwa zu Abtreibung und Ehe noch wichtiger sind. Iowa kann als besonders konservativer Staat mit einem hohen Anteil von Evangelikalen zwar nicht als repräsentativ gelten. Generell gilt aber, dass die politische Mitte in den USA immer weiter erodiert und die Parteien politisch weiter von der Mitte abrücken. Dies gilt insbesondere auch für die republikanische Partei und ihre Wähler. Verstärkt wird dieser Prozess durch ein Wahl- und Spendensystem, welches die Extreme in beiden Parteien fördert.

Bessere Chancen rechnet sich Romney für einen Sieg in New Hampshire aus, wo am 10. Januar 2012 gewählt wird. New Hampshire gilt als Demokratischer. In den meisten Fällen hat der Gewinner von New Hampshire letztlich die Nominierung gewonnen.

Spätestens am Super-Dienstag, am 6. März 2012, wenn in zehn Staaten gleichzeitig gewählt wird, dürfte sich eine erste Tendenz für die Unterstützung eines Kandidaten abzeichnen. Dennoch ist auch danach noch vieles möglich, da (bis auf Nebraska) alle folgenden Staaten nach dem „the-winner-takes-it-all-Prinzip“ abstimmen. Ab dann werden Delegierte nicht mehr proportional den Kandidaten zugeteilt, sondern gehen dann insgesamt an den Gewinner. Das heißt konkret: auch mit einem knappen Vorsprung können Kandidaten dann alle Delegierten für sich gewinnen und damit den Vorsprung der Gewinner der frühen Vorwahlen verringern. Dies kann die Chancen der Favoriten daher noch deutlich verändern.

Endgültig wird dann der Kandidat der Republikaner auf einem Parteikongress (Convention) vom 27.-30. August 2012 in Tampa, Florida. (Der demokratische Nominierungskongress findet vom 3.-6. September 2012 in Charlotte, North Carolina statt. Dort dürfte Präsident Obama dann nur noch einmal offiziell nominiert werden.) Ab dann müssen sich die beiden Präsidentschaftskandidaten um die Gunst der breiten Wählerschaft bemühen, vor allem um das große Feld der Unabhängigen. Es ist zu erwarten, dass Sprache und Positionierung vor allem

des republikanischen Kandidaten dann moderater werden.

Wie angreifbar ist Obama?

Aktuelle Umfragen zeigen ein Paradox: Wird Obama irgendeinem, ungenannten republikanischen Kandidaten gegenüber gestellt, verliert Obama meist die Umfrage. Obama gewinnt jedoch gegen jeden der gegenwärtigen Kandidaten, auch wenn Mit Romney in Umfragen nur knapp hinter Obama liegt. Dies zeigt eine generelle Ablehnung Obamas, aber auch ein Dilemma für die Republikaner: das Feld der Kandidaten wird generell als schwach wahrgenommen.

Gleichzeitig sind die Umfragewerte für Obama auf einem historischen Tiefststand: in einer ABC/Washington Post-Umfrage vom 11. November 2011 bewerten nur 44% der Amerikaner die Arbeit Präsident Obamas positiv, 53% sehen sie negativ. 74% glauben, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickelt, nur 22% sehen die USA auf dem richtigen Weg. Dies zeigt die große Frustration in der Breite der Bevölkerung - nicht nur unter rechten Wählern, sondern auch unter Linken. Die Frustration findet gegenwärtig auch in der „Occupy Wall Street“-Bewegung Ausdruck, ist aber keinesfalls auf sie beschränkt. Afro-Amerikaner, Latinos, vor allem aber weiße Arbeiter sehen ihre Zukunft düster, für viele ist der „American dream“ nicht mehr lebendig. Die Durchlässigkeit der Karriereleiter nach oben gilt nicht mehr als gegeben. Zukünftige Generationen werden es nicht mehr so gut haben, wie ihre Vorgänger.

Es ist kaum abzusehen, dass sich die wirtschaftliche Situation im kommenden Jahr entscheidend ändert. Obama würde es erheblich helfen, wenn dann zumindest ein positiver Trend erkennbar wäre, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Derzeit liegt die offizielle Arbeitslosigkeit bei 9,1%. Wirtschaftsinstitute gehen von einer höheren Quote von bis zu 14% aus, rechnet man diejenigen dazu, welche die Suche nach Arbeit aufgegeben haben. Obama hat erst kürzlich eine Jobinitiative gestartet, die jedoch von Republikanern im Kongress gestoppt wurde. Obamas Wahlkampfstrategie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND
USA

14. November 2011

Dr. Lars Hänsel
www.kas.de/usa

konzentriert sich u.a. jetzt darauf, die Republikaner im Kongress als Blockierer wichtiger Entscheidungen zur Verbesserung der Wirtschaft vorzuführen.

Am 23. November 2012 läuft jetzt auch die Frist für das „Super-Committee“ aus. Diese Kommission wurde nach dem Kompromiss zur Schuldenanhebung im vergangenen Sommer eingesetzt. Sie soll Einsparungen von mindestens 1,2 Milliarden US-Dollar beschließen, andernfalls greift ab 2013 eine automatische Kürzung der (nicht-verpflichtenden) Staatsausgaben. Dies würde dann auch Kürzungen im Verteidigungshaushalt betreffen, was vor allem Republikaner ablehnen.

Die Entscheidung der Kommission hat auch Auswirkungen auf den Wahlkampf. Sollte es - entgegen der gegenwärtigen Erwartungen - zu einer Einigung kommen, würde dies der Strategie Obamas entgegenlaufen, Republikaner als Blockierer vorzuführen. Ein Scheitern der Kommission würde dagegen seiner Strategie entgegenkommen. Ob die Strategie Obamas überhaupt verfängt ist noch nicht ausgemacht: im Fokus der Wähler dürfte bei der Präsidentenwahl vor allem das Verhalten und der Erfolg des Präsidenten stehen, nicht das der Kongressabgeordneten. Allerdings konnte Bill Clinton eben diese Strategie bereits erfolgreich einsetzen – ironischerweise damals gegen Newt Gingrich.

Kongresswahlen

Den Republikanern werden in Umfragen derzeit gute Chancen ausgerechnet, sowohl die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu halten sowie die Mehrheit im Senat zu gewinnen. Im Senat stehen 33 Sitze zur Wahl. Die Republikaner brauchen nur vier Stimmen mehr, um die Mehrheit zu erlangen. Unter den 33 Sitzen sind 10, republikanische Senatoren und 23 demokratische Senatoren, die sich der Wiederwahl stellen müssen. Es gilt als wahrscheinlich, dass die Republikaner ihre Sitze halten und weitere vier der 23 Sitze für sich gewinnen können. Nur zwei der republikanischen Sitze, jedoch sechs der demokratischen Sitze gelten als „offen“, d.h. mit realistischer Chance, sie

der jeweils anderen Partei abzurufen. Nach der Auffassung von Beobachtern haben die Republikaner insgesamt die aussichtsreicheren Kandidaten. Alles deutet also derzeit auf einen Erfolg der Republikaner hin. Außerdem dürfte die Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Zwischenwahlen besonders hoch sein, da gleichzeitig der Präsident gewählt wird.

Fazit

Ein Jahr vor der Wahl zeichnen sich einige Trends ab, vieles ist aber noch erwartungsgemäß offen. Dies gilt für die Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten, wo sich derzeit zumindest eine Spitzengruppe abbildet. Die republikanischen Kandidaten richten sich derzeit an ihre Wählerbasis und an Spender mit zugespitzten und nicht selten polemischen sowie populistischen Positionen. Noch ist die republikanische Partei aber mit keinem ihrer Kandidaten wirklich zufrieden. Auch der noch anstehende komplizierte Nominierungsprozess der Vorwahlen lässt dabei Spielraum für einen langen Vorwahlkampf.

Offen ist auch die Frage, wie verwundbar Obama im kommenden Wahljahr tatsächlich sein wird. Insgesamt ist die Wirtschaftsentwicklung schlecht und es überwiegt die Frustration in der Bevölkerung. Diese Enttäuschung kann aber auch gegen die Republikaner gerichtet werden. Die Entwicklung der Wirtschaft und vor allem des Arbeitsmarktes im kommenden Jahr wird insgesamt aber den größten Einfluss auf den Ausgang der Wahlen haben. It's the economy, stupid. Still.